

NEUSTADT-KURIER



14. Ausgabe

**Meinungen
Informationen
Perspektiven**



Juni 1989

Bayern — ein Teil Europas

von MdEP Franz-Ludwig Graf Stauffenberg

Die Einigung Europas ist zur Schicksalsfrage unseres Landes geworden. Einen Weg zurück kann es nicht mehr geben. Die Gemeinschaft besteht aus 12 Nationen mit 320 000 000 Bürgern und ist im Welthandel eine führende Wirtschaftsmacht. Am 18. 6. 1989 sind die Bürger aufgerufen, mit ihrer Stimme für weitere 5 Jahre die europäische Einigung mitzuprägen und mitzugestalten. Diese Gestaltungsmöglichkeit ist keinesfalls selbstverständlich. Ein russischer Dissident sagte mir in einem Gespräch „Ich würde tagelang barfuß zur Wahlurne gehen, wenn ich die Möglichkeit hätte, mit meiner Stimme die Geschicke meines Volkes zu beeinflussen“. Wir dagegen brauchen nur zum nächsten Wahllokal zu gehen oder Briefwahlunterlagen anzufordern, dann können wir über das Schicksal des europäischen Kontinents mitentscheiden.

Als Abgeordneter der CSU im EP fühle ich mich für Bayern, besonders aber für Oberfranken als Grenzlandregion verant-

wortlich, verteidige die Interessen unseres Landes und kämpfe mit vielen Kollegen aus den anderen Ländern für ein Europa der Vielfalt und der starken Regionen. Wir wollen keine sozialistische Gleichmacherei, keinen Zentralstaat Europa, wie ihn die Genossen mit den Kommunisten anstreben. Europa muß von unten nach oben wachsen. Die größere Einheit darf nicht Aufgaben an sich reißen, die eine untere „bürgernahe Ebene“ zufriedenstellend lösen könnte. Voraussetzung für ein föderales Europa und für eine europäische Gemeinschaft in der die Völker und Nationen bleiben können was sie sind, ist Bürgernähe und Verständnis für die einzelnen Regionen.

Seit 1979, der ersten Direktwahl zum europäischen Parlament, wurde dieses zum Motor der europäischen Einigung. Nur das Parlament kontrolliert die EG-Kommission und kann sogar notfalls diese durch Mißtrauensvotum stürzen. Die Schaffung eines europäischen Rechnungshofes und des Haushaltskontrollausschusses, die die CSU maßgeblich mitschuf, sind ein wesentlicher Teil um eine sparsamere und vernünftigeren Haushaltsführung durchzusetzen. Die parlamentarische Kontrolle der EG-Bürokratie muß ausgebaut und verstärkt werden. Die CSU spielt zusammen mit den Christdemokraten aus elf europäischen

Ländern eine maßgebliche Rolle in der Volksvertretung. Sie kämpft für soziale Marktwirtschaft und persönliche Freiheit, für ein föderalistisches Europa der Regionen und Völker, aber gegen Bürokratie und zentralistische Gleichmacherei. Neben der Förderung der Wirtschaftsmacht Europa, die mit der Vollenendung des EG-Binnenmarktes bis Ende 1992 einen großen Schritt nach vorne getan haben wird, muß auch das Anliegen des Mittelstandes als tragende Säule des Staates geschützt werden. Die bäuerlichen Familienbetriebe bedürfen unserer Unterstützung, da sie unersetzlich für Ernährung, aber auch Erhaltung unserer Kulturlandschaft und Umwelt sind. Europa muß stark sein, es braucht eine eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik innerhalb der NATO. Der Schutz der Natur für unsere zukünftigen Generationen, die Korrektur von Schäden an der Umwelt und die Reduzierung der Verschmutzung von Luft, Erde und Wasser sind europäische Verpflichtung, die unser Anliegen sein muß.

Am 18. Juni 1989 entscheiden Sie mit Ihrer Stimme über die Fortsetzung des Weges der Gemeinschaft, nutzen Sie diese Möglichkeit die Richtung mitzubestimmen und vertrauen Sie der CSU und dem oberfränkischen Kandidaten Franz-Ludwig Graf Stauffenberg.



Wir stellen vor: Franz-Ludwig Graf Stauffenberg, MdEP

Der Kandidat für die CSU in Oberfranken wurde 1938 in Bamberg geboren. Er ist Sohn des nach dem Hitler-Attentat am 20. Juli 1944 hingerichteten Claus Graf Stauffenberg. Nach dem Abitur studierte er Geschichte und Rechtswissenschaft in Erlangen, Zürich und München, seit 1966 ist er Volljurist. Nach einer Tätigkeit bei Krauss-Maffei und als Syndikus bei Alu-Metall, Nürnberg hat er sich mittlerweile als Rechtsanwalt niedergelassen. Er ist verheiratet mit Elisabeth, geb. von und zu Guttenberg und hat vier Kinder.

Graf Stauffenberg war langjähriges JU-Mitglied, wo er bis zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der JU Deutschland aufstieg. Seit 1972 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages, 1984 wechselte er in das europäische Parlament. Dort ist er stellvertretender Vorsitzender des institutionellen Ausschusses.

Haben Sie Fragen an den Kandidaten der CSU, dann rufen Sie ihn doch an: 095 36 / 222, oder schreiben Sie ihn: 8601 Kirchlauter!

Am 18. 6.: Europawahl — Ihre Stimme für die CSU

So geht die Stadtratsmehrheit mit Geld um!

Die Stadt Neustadt wurde 1986 in das Städtebauförderungsprogramm des Bundes und des Landes aufgenommen. Das hat zur Folge, daß alle nach dem Sanierungsplan vorgesehenen Maßnahmen und Projekte, soweit sie förderfähig sind, vom Bund und vom Land mit je 1/3 der anfallenden Kosten bezuschußt werden. Für die Jahre 1989 und 1990 sind förderungsfähige Gesamtkosten in Höhe von jeweils 1800000,- DM für unsere Stadt vorgesehen. Das bedeutet, daß zunächst in diesen beiden Jahren Sanierungsmaßnahmen in dieser Höhe durchgeführt werden können. Insbesondere im Weidachviertel sollen weitere Ordnungsmaßnahmen, sowie Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen durchgeführt werden. Natürlich braucht man dazu Fachleute.

Nach dem Baugesetzbuch ist es möglich, diese Sanierungsaufgaben in verschiedener Weise zu erbringen: Das Stadtbauamt beurteilte in einer Stellungnahme vom 24. 6. 1988 die einzelnen Möglichkeiten der Sanierungsträgerschaft und stellte die möglichen Lösungen zur Diskussion. Es gibt die Möglichkeit, daß ein Sanierungsarchitekt mit einzelnen konkreten Maßnahmen beauftragt werden könnte. Es wäre aber auch möglich, alle Arbeiten einem Sanierungsträger zu übertragen. Man könnte aber auch eine eigene Firma gründen, die sich gegebenenfalls „Stadtsanierungs-GmbH Neustadt“ nennen könnte oder man schafft eine weitgehend selbständige Sanierungsabteilung innerhalb des Stadtbauamtes. Die letztgenannte Lösung würde zwei neue Mitarbeiter für das Stadtbauamt erforderlich machen, die ausschließlich mit der Bearbeitung von Sanierungsangelegenheiten beschäftigt wären. Darüber hinaus hätte die Stadtkämmerei die Buchhaltungsarbeiten und die Abwicklung der finanziellen Angelegenheiten zu übernehmen.

Das Stadtbauamt selbst beurteilte am 24. 6. 1988 die Sanierungsträgerschaft wie folgt:

„Wegen der herausragenden Bedeutung der Stadtsanierung aber auch wegen der Förderfähigkeit von Personalkosten ist es sinnvoll und sachgerecht, diese Aufgaben auf einen Dritten zu übertragen. Nach den neugefaßten Städtebauförderungsrichtlinien, die in der 2. Jahreshälfte bekannt gemacht werden, ist eine Förderung der Personalkosten bis zur Höhe von 5 % des jährlichen Kontingents an Städtebauförderungsmitteln möglich. Vorausgesetzt, daß die für die Stadt Neustadt in Aussicht gestellten Förderungsmittel von 1,8 Mio DM in den Jahren 1989 und 1990 tatsächlich fließen, wären je 90000,- DM an Personalkosten förderungsfähig.“

Folgerichtig wurden Gespräche mit 2 Firmen geführt, die sich als Sanierungsträger beworben hatten. Bei der einen handelt es sich um ein Neustadter Unternehmen, das große Erfahrungen auf dem

Sektor Wohnungsbau und der Modernisierung von Wohnungen und Eigenbesitz hat, bisher aber nicht in der Stadtsanierung tätig war. Der andere Bewerber ist ein landesweit auf dem Gebiet der Stadtsanierungen tätiges und mit großer Erfahrung versehenes Unternehmen, das weitgehend im Staatsbesitz ist und daher auch beste Beziehungen zum Zuschußgeber unterhält. Es vermag viele Städte im fränkischen Bereich zu nennen, die ihm die Sanierungsaufgaben übertragen haben.

Als einer der beiden Bewerber seine jährliche Honorarforderung auf 30000,- DM bezifferte, die gänzlich aus Fördermitteln hätte bezahlt werden können, sah sich das Stadtbauamt, das plötzlich Interesse am Aufbau einer eigenen Sanierungsabteilung gefunden hatte, gezwungen, die Wünsche auf Personal für dieses Aufgabengebiet von 2 auf 1 Mitarbeiter zu reduzieren, weil sonst der Kostenaufwand für die Stadt unzumutbar hoch geworden wäre. Wieso man plötzlich mit der Hälfte der Arbeitskräfte auskommen kann, blieb ungeklärt.

Die SPD-Stadtratsmehrheit hat beschlossen, die Sanierungsabteilung beim Stadtbauamt zu errichten. Die nunmehr einzustellende Kraft kostet der Stadt jährlich ca. 70000,- DM, die aus der Stadtkasse bezahlt werden müssen. Hätte man eine der beiden Firmen, die sich als Sanierungsträger bei der Stadt beworben hatten, genommen, hätte das der Stadt keinen Pfennig gekostet. Deren Kosten wären bis zu 90000,- DM jährlich vom Bund und Land gefördert worden. Daß diese Firmen eine Arbeit geleistet hätten, die unter der Qualität der Arbeit des Stadtbauamtes gelegen wäre, wird wohl selbst das Stadtbauamt nicht behaupten.

Es kann mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß es nicht bei der einen Arbeitskraft bleiben wird. Es ist der Zeitpunkt abzusehen, an dem die Einstellung weiterer Mitarbeiter beantragt und von der SPD beschlossen wird.

Neustadt wäre jährlich um ca. 70000,- DM reicher, wenn es den Sozialisten gelänge, mit Geld umzugehen. - 1 -

Jugend bei den Alten

Erneut konnte Hermann-Albrecht Heß, Ortsvorsitzender der Jungen Union in Neustadt, ein Versprechen wahr machen, daß er zu Beginn seiner Amtszeit ausgesprochen hatte: Das soziale Engagement der Jugend im Neustadter Raum soll deutlich werden. An einem trüben, regnerischen Nachmittag fand sich eine Abordnung der Jungen Union mit Stadt- und Kreisrat Jürgen W. Heike und dessen Tochter Saskia im Altenheim der AW in der Sonneberger Straße ein. Nach einem Film über die biblischen Städte Israels von J. W. Heike veranstalteten die JU-Mitglieder ein gemütliches Kaffeetrinken mit selbstgebackenem und gespendetem Kuchen für alle Bewohner des Altenheimes. Die zahlreichen alten Mitbürger, die im Aufenthaltsraum anwesend waren, waren dankbare Zuhörer der dabei gebotenen „Neustadter Geschichten“. Von selbstverfaßten Gedichten über den Bratwursttempel (Harald Hofmann) bis zu Erzählungen des Heimatdichters Albert Arnold (Tina Bunzel) war die Palette reichhaltig.

Nach dem Kaffeetrinken veranstaltete die JU noch eine Tombola, die von der Neustadter Industrie reichlich bestückt worden war. Die anwesenden Heimbewohner konnten sich alle über einen Gewinn freuen, der vom Kuscheltier bis zur Flasche Wein reichte. Auch kleine Würste und Säfte waren zu gewinnen, so daß jeder Heimbewohner zufrieden sein durfte. Nachdem Saskia Heike als „Glücksfee“ allen Bewohnern eine kleine Freude bereitet hatte, dankten diese der Jungen Union und der Glücksfee für das Engagement durch reichen Beifall und kleine

Gaben für die Glücksfee. Hermann-Albrecht Heß seinerseits versprach, daß man gerne wieder einmal einen solchen geselligen Nachmittag bei den Mitbürgern im Altenheim durchführen werde. Es bleibt zu hoffen, daß auch andere Jugendorganisationen sich diesem guten Beispiel anschließen und den Bewohnern des AW-Heimes für zusätzliche frohe und abwechslungsreiche Stunden sorgen mögen. - 9 -



Glücklich über ihren Erfolg bei dem Nachmittag für alte Mitbürger stellten sich die Verantwortlichen der JU zu einem Erinnerungsfoto: v.l.n.r.: Tina Bunzel, Sonja Renner, Jaro Kolodzeij, Hermann-Albrecht Heß, Jochen Flohrschütz, Saskia und Jürgen W. Heike, Harald Hofmann und Michael Felber.

CSU

Auflage: 7000 Stück
Herausgeber:
Jürgen W. Heike, Arnoldplatz 9, 8632 Neustadt b. Coburg
Verleger:
CSU-Stadtratsfraktion, vertr. d. d. Vorsitzenden Erich Müller
Verantwortliche Redakteure:
Arno Bätz, Bernhard Häfner, Gerhard Knoch, Dr. Hans Motschmann, Erich Müller, Jürgen Petraitzki, Leonhard Weitz.

Die Wahrheit ist relativ (??)

Sicher, Meinungen können verschieden sein, Ideen können verschiedene Ansatzpunkte haben, aber die Wahrheit kann doch eigentlich immer nur einmal vorhanden sein, oder? Wenn es um die Nachfolge des legendären Barons Münchhausen geht, dürfte in Neustadts Mauern ein ernsthafter Anwärter für diesen Titel schon gefunden sein:

● In der Bürgerversammlung 1988 fragte eine Bürgerin wo biologischer Hausmüll zentral gesammelt werde. Der Oberbürgermeister erklärte: „Dies ist bereits seit Jahren möglich“. Am nächsten Tag erklärten jedoch die Umweltberater: „In Neustadt gibt es keine Möglichkeit den biologischen Hausmüll zentral zu sammeln, dies ist auch für die Zukunft nicht absehbar“.

● In der gleichen Bürgerversammlung ging es um die Toilettenbenutzung am Marktplatz. Der Oberbürgermeister erklärte dort nach übereinstimmenden Berichten der Zeitungen, daß man eben eine Gastwirtschaft aufsuchen solle (von der es bekanntlich nur eine gibt). Als sich daraufhin der Eigentümer dieser Wirtschaft wehrte und massiv auf seine Rechte hinwies, erklärte der OB in einem Leserbrief lakonisch, daß er dies überhaupt nicht gesagt habe. Die Zeitung hingegen erklärte in einem Nachsatz zu diesem Leserbrief, daß man an seiner Darstellung festhalte.

● Die CSU rügte im Oktober 1988 die planlose Erstellung der thüringisch-fränkischen Begegnungsstätte. Nachdem angeblich die musikausübenden Vereine diese Übungsstätten gewünscht hätten, stellte sich dann aber heraus, daß bis zum 28.10.1988 nur ein einziger musikausübender Verein sein Interesse bekundet hatte. Der Oberbürgermeister antwortete in einem Brief am 1.11.1988, daß man zunächst die Genehmigung des Belegungsplanes abwarten müsse und im übrigen die Palette der Raumwünsche sehr reichhaltig sei. Im April 1989 wurde dann auf Wunsch der CSU-Stadtratsfraktion ein Belegungsplan für die einzelnen Übungsräume vorgelegt. Teilweise sind diese Räume nach dem von der Stadt vorgelegten Belegungsplan (ohne Musikschule) nur mit vier oder acht Stunden in der Woche belegt, wobei eigentlich wöchentlich bis zu 30 Stunden problemlos in jedem Übungsraum für die Vereine zur Verfügung gestanden hätte. Dennoch erklärt der OB am 1.11.1988: „Ich bin überzeugt, daß die endgültige Raumverteilung keinerlei Fehlplanung ergibt.“

● Als Ende 1987 die CSU die Senkung der Gewerbesteuer in Neustadt forderte, erklärte der Oberbürgermeister, daß dies nicht möglich sei, weil die Steuerreform (der von der CDU/CSU und FDP getragenen Bundesregierung) in den kommenden Jahren zu immensen Steuereinnahme-Verlusten der Kommunen führen würde. Die tatsächlichen Zahlen für 1988 liegen jetzt vor: Im ersten Halbjahr

1988 stiegen die Steuereinnahmen der Kommunen um 8,9%, dies gerade dann, als die Steuerreform in Kraft getreten war!

● Die Stadtwerke in Neustadt sind ein „Städtischer Eigenbetrieb“ und unterliegen insoweit der Kontrolle des Werkssenates, nicht aber des Oberbürgermeisters. Dies war unter Ernst Bergmann so und zeigte Erfolge. Jetzt aber kommen der Stadtwerkeleiter und der OB miteinander nicht aus: Der OB ändert in eigener Machtvollkommenheit, ohne dazu Beschlüsse der Gremien zu haben, die Aufgabenverteilung. Auf die Frage eines Journalisten, ob hier vielleicht persönliche Spannungen Grundlage seien erklärt er jedoch, daß man sich persönlich „sehr gut verstehe“. Wie reimt sich das zusammen?

Ein guter Organisator von Volksfesten, Osterhasen- und Weihnachtsfeiern ist noch lang kein guter guter Verwaltungschef! Diese Erkenntnis, die für Neustadt bitter ist, könnte das Ergebnis der sechs Jahre Regierungszeit des H. G. sein. Traurig, wenn der Repräsentant der Großen Kreisstadt sich so in Widersprüche (oder sollte man es etwa anders nennen?) verwickelt. Der Sprung vom Oberbürgermeister zum Baron wäre nicht nur für einen Sozialdemokraten abenteuerlich, sondern auch menschlich zu bedauern!

- 19 -

CSU

Nach dem Referat bedankten sich die JU-Mitglieder Michael Felber (links) und Thomas Heinzler (rechts) bei MdB Prof. Ursula Männle für die sachliche und umfassende Information. Gleichzeitig wurde die Bitte geäußert, daß die FU-Landesvorsitzende auch einmal bei der JU im Landkreis als Referentin auftreten möge, was zugesagt wurde.

Frauenpolitik

Es war ein besonderes Erlebnis, als die Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende der Frauenunion Bayern, Prof. Ursula Männle in Neustadt sprach. Die guten Beziehungen des Neustadter Ortsgeschäftsführers J. W. Heike hatten zu diesem Besuch der prominenten Rednerin geführt. Sie zeigte in einem einstündigen Referat sehr genau auf, daß Frauen in der Politik durchaus eine wesentliche und notwendige Bereicherung seien. Anhand der Initiativen für die Schaffung von Pflegegeld, Urlaubsansprüche für private Pfleger, Erziehungsurlaub und vorschulischen Erziehungsmaßnahmen zeigte die Referentin wie wesentlich es ist, daß Frauen aus ihrem Bereich eine andere, teilweise menschlichere und unbürokratische Sicht der Probleme haben. Die deutliche Absage an die „Quotenfrauen“ war auch für die anwesenden Männer unter den Zuhörern wohlthuend: Nicht das Geschlecht, sondern die Leistung ist maßgeblich für die Nominierung von Kandidaten. Die Verdrängungstheorie im linken Politikbereich sei abstoßend und gegen den Gedanken der Partnerschaft der Geschlechter gerichtet. Nicht Kampf, sondern Gemeinsamkeit, wie dies auch in der Familie praktiziert werden sollte, müsse Grundlage der Zusammenarbeit sein. Die Referentin wurde in verschiedenen Diskussionsbeiträgen auch konkret über Initiativen im Bundestag, aber auch über ihre Arbeit „vor Ort“ befragt. Durch umfassende Fachkenntnis und engagiertes Wissen, das auch mit Gefühl und Verstand vorgetragen wurde, konnte sie bei den Zuhörern überzeugen. Die FU-Ortsvorsitzende Elke Protzmann sprach im Namen aller, als sie sich für diese Darlegung christozialer Politik der Frauen bedankte. Auch die Junge Union, die mit einer Delegation an dieser Veranstaltung teilgenommen hatte zeigte sich beeindruckt und bedankte sich noch einmal persönlich für die übermittelten Informationen.

- 6 -



Posse oder Glosse?

Es war einmal eine kleine Stadt an der Grenze, an deren Spitze stand ein Rentner und einer der auf dem Sprung ist in Penion zu gehen und dann auf die Stadtratsliste der SPD: So viel Fähigkeit darf nicht brachliegen!

Diese beiden tragen dazu bei, daß dieses kleine Städtchen hinter einer jungen aufstrebenden Stadt nicht ganz in Vergessenheit gerät. Das wäre eigentlich eine gute Sache, wenn nicht in den umliegenden Gemeinden ein hämisches Grinsen aufkommen würde, wenn diese glorreichen Zwei in Aktion treten. Nach der Meldung einer örtlichen Tageszeitung sollen die Erlasse des dortigen Herrschers als „Dekrete eines hochherrschaftlichen Provinzfürsten“ bezeichnet worden sein. Und in einem solchen Reich ist das Herrscheramt gewiß schwer, denn die vielen Geburtstage, Feiern, Bälle, Einweihungen usw. erfordern den ganzen Mann!

So kann man, wenn man will, Arbeiter nicht kennen, die zwanzig Jahre für dieses Städtchen ihren Dienst tun und die man sogar mit eingestellt hat. Das Leben des Herrschers ist schon schwer!

In dieser Situation tritt dann Hilfe auf den Plan, die „graue Eminenz“ naht. Fast allwissend, aber oft nur mit oberflächlichem Aktenwissen und eigenen Rechtsvorstellungen, bestreitet er die Verhandlungen auch wenn der tronende Duodezfürst anwesend ist.

Zuerst mußte der Führungsstil geklärt werden. Nach intensiver Parteischulung verkündet seine Hoheit: „Wir machen Management“ by Ping-Pong, nämlich jeden Vorgang zurück – oder weitergeben, bis er sich von selbst erledigt. „Ach“, antwortet die „graue Eminenz“, „Das ist doch nichts Neues mehr, das machen wir doch schon seit 25 Jahren – Ich wäre für die Methode Champignon: Die Mitarbeiter im Dunkeln lassen, mit Mist bestreuen, wenn sich Köpfe zeigen, sofort absägen“ – „Ja wer soll dann eine Entscheidung treffen?“ fragt Hoheit. – „Ich bin dann doch lieber für die Methode Robinson: „Alle warten auf Freitag“.

So gestärkt, wendet man sich den Untertanen zu, die über ihre Aufgaben nachgedacht hatten.

Sie kamen leider aus einem ungeliebten Nebenbetrieb mit einer eigenen Herrschaft und hatten es deshalb schwer ihre Vorstellungen zu Gehör zu bringen, wie die Bürger weiterhin ohne Schwierigkeiten mit Strom und Wasser versorgt werden könnten. Es waren alles ehrbare Männer, Meister und Monteure. Reitende Boten (Rufbereitschaft) hatten sie bisher zu ihren Einsatzorten gerufen, und sie halfen, wo sie konnten. War die Not zu groß, so wurden die Herren (Ingenieure) herbeigeht, die ebenfalls durch diese Boten verständigt wurden, so daß die Probleme geklärt werden konnten.

Das war wohl zu einfach für das Wohl des Bürgers, denn nun trat die „graue Emi-

nenz“ in Aktion und erklärte, daß der Bereitschaftsdienst von Meister/Monteure ausreiche. Sollten größere Störungen entstehen, die von den Monteuren nicht verantwortet werden könnten, dann habe der Rat der Stadt die Verantwortung zu tragen.

Nun gab es aber unter den Mitarbeitern des ungeliebten Nebenbetriebes auch Revolutionäre, diese fragten nämlich, wo das denn niedergeschrieben sei. Nachdem die „graue Eminenz“ darauf keine Antwort wußte, erklärte er flugs, daß man ja auch die Ingenieure hinzurufen könne. Auf die weitere kritische Frage,

wie man diese dann erreichen wolle, wurde beschieden, daß dann die reitenden Boten wieder eingesetzt werden müßten. Die messerscharfe Folgerung der Mitarbeiter war damit, daß doch eine ständige Anwesenheit eines Ingenieurs notwendig wäre. So widerlegt trat die „graue Eminenz“ die Flucht nach vorne an: „Wenn es denn so sein sollte, so sei es eben so!“. Mit diesem rätselhaften Satz entschwebte Herrscher und Eminenz und hinterließ ein allgemeines Kopfschütteln.

So lebt denn diese kleine Stadt an der Grenze mit ihren freundlichen und geduldigen Bürgern weiterhin in der Hoffnung, daß alles einmal vergänglich ist und – wenn Herrscher und Eminenz nicht gestorben sind, dann regieren sie noch heute!

- 3 -

Maiwanderung

Auch in diesem Jahr war die Maiwanderung der CSU wieder eine gelungene Veranstaltung. Insbesondere bedingt durch das herrliche Wetter fand sich eine stattliche Anzahl von CSU-Mitgliedern und Freunden, aber auch die Junge Union beim Treffpunkt an der Heubischer Schule ein. Ortsvorsitzender Jürgen Petrautzki begrüßte die Anwesenden und übergab die Wanderführung an den langjährigen Wanderleiter Gerhard Bauer, der es auch dieses Jahr wieder schaffte, trotz vorgegebener Zielrichtung eine abwechslungsreiche und neue Strecke zu vermitteln. Während der Wanderung standen die CSU-Stadträte Leonhard Weitz, Arno Bätz und Bürgermeister Bernhard Häfner für Informationen an bestimmten kommunalpolitischen Punkten zur Verfügung. So erfuhren die Wanderer von den Problemen mit der Bebauung des „Gamperts-Hügel“ wo schon über 100.000,- DM für Versorgungsleitungen ausgegeben wurden, aber eine Bebauung wegen der angeblichen „Schädigung des Muppbergs“ von der SPD verhindert wird; von den Proble-

men der Abwasserbeseitigung im Bereich Ebersdorf; von der möglichen weiteren Nutzung des Geländes um die Freisportanlagen zur Schaffung weiterer Sportbereiche und über die Verbesserung der Wasserqualität in der Röden.

Nach dem Ende der Wanderung in der Märchenschau standen dort reichhaltige Speisen und Getränke zur Verfügung, die zahlreichen Kinder konnten sich herrlich vergnügen und wurden von Klaus-Dieter Bätz und seinen Mitarbeitern bestens versorgt. Ortsvorsitzender Jürgen Petrautzki bedankte sich bei seinen Helfern, insbesondere auch bei Stadtrat J. W. Heike, der auch diesmal wieder für eine Überraschung auf der Wanderstrecke gesorgt hatte, als er mit Erfrischungen die Halbzeit der Wanderstrecke markierte und damit den Wanderern eine willkommene Stärkung zukommen ließ. Weiterhin dankte Petrautzki für die gute Streckenauswahl von Gerhard Bauer und versprach, daß der Ortsvorstand auch im nächsten Jahr wiederum diese traditionelle Veranstaltung durchführen wird.

- 9 -



Bgm. Häfner und Stadtrat Arno Bätz erfrischen sich auf einer Rast, bei der J. W. Heike den Wanderern eine Runde Saft und Sekt spendierte. Die zahlreichen jungen Wanderer konnten ihren Durst mit Limo löschen.